

Arbeitseinstellung in den städtischen Betrieben

Montag erneute Urabstimmung

Die Streikleitung der städtischen Arbeitnehmer hat am Sonnabend nachmittag folgenden Beschluß gefaßt:

Die beschlossene Arbeitseinstellung aller städtischen Arbeitnehmer erfolgt Sonntag früh. Die Arbeiter der Elektrizitätswerke haben um 4 Uhr die Arbeiter der Gas- und Wasserwerke um 8 Uhr die Betriebe zu verlassen. Notstandsarbeiten werden für Kranken- und Pflegeanstalten durchgeführt.

Die von uns gestern ausgesprochene Hoffnung, daß der Streik in den städtischen Betrieben noch in letzter Stunde durch eine Verständigung zwischen den Arbeitnehmern und dem Magistrat vermieden werden könne, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Die von der gestern stattgefundenen Funktionärerversammlung gewählte Streikleitung hat im Laufe des Sonnabend vormittag mit dem Magistrat erneute Verhandlungen gepflogen, die aber kein Resultat zeigten. Der Magistrat hat in längerer Sitzung beschlossen, den gefällten Spruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schiedsgerichts anzunehmen und somit der Verlängerung des bestehenden Manteltarifs bis zum 30. Juni 1922 zuzustimmen. Das Verlangen der Streikleitung ging dahin, die Verlängerung bis zum 31. 12. auszusprechen, zum mindesten aber den Schiedsspruch auf diese Zeit auszudehnen. Änderungen, die das Schiedsgericht empfohlen, aber nicht zum Inhalt des Schiedsspruches gemacht hatte, gingen dahin, daß der gegenwärtig für 48 Stunden gezahlte Wochenlohn auf die wirklich geleistete Arbeitszeit ohne Kürzung umgerechnet wird und daß die Urlaubsregelung für die städtischen Arbeitnehmer den Urlaubsverhältnissen der städtischen Beamten angepaßt werden. Weiter war empfohlen worden, Schlichtungsinstanzen einzusetzen, die bei durch Betriebseinsparungen notwendig werdenden Entlassungen innerhalb einer Woche endgültige Entscheidungen treffen sollen. In bezug auf die Bezahlung des Abfertigungsgeldes hatte der Schlichtungsausschuß den Parteien empfohlen, eine Lohnzahlung über den Tag der Entlassung hinaus nicht mehr eintreten zu lassen.

Die Empfehlungen dieses Schiedsgerichts sind von untergeordneter Bedeutung, da sie nur hätten in Kraft gesetzt werden können, wenn beide Parteien damit einverstanden wären. Bei einer Ablehnung durch die Arbeitnehmer war also die Verlängerung des bestehenden Manteltarifs bis zum 30. Juni 1922 unverändert geblieben. Durch diesen Schiedsspruch war das eigentliche Verlangen der Arbeitnehmer, Verschlechterungen ihres Arbeitsvertrages abzuwehren, erfüllt, denn bei den Organisationsverhältnissen der städtischen Arbeitnehmer ist die Tarifdauer von so geringer Bedeutung, daß ein Streikbeschluß deswegen einfach unverständlich ist.

Der Beschluß der Streikleitung, unter diesen Umständen den Streik in den städtischen Betrieben für Sonntag früh zu proklamieren, muß als unverantwortlich bezeichnet werden, weil die Streikleitung, die nur einen geringen Teil aller vom Streik betroffenen Kreise vertritt, für sich nicht das Recht in Anspruch nehmen darf, eine Frage von so schwerwiegender Bedeutung eigenmächtig und ohne vorherige Verständigung mit allen anderen Instanzen der Arbeiterbewegung zu entscheiden. Der Streik der städtischen Arbeitnehmer wird durch die Unterbrechung von Strom-, Gas- und Wasserzufuhr nicht nur der gesamten Berliner Bevölkerung in ihren Privathaushaltungen ungeheure Schwierigkeiten verursachen, sondern er führt automatisch zur Stilllegung der gesamten Berliner Industrie.

Der Beschluß der Streikleitung widerspricht auch allen gewerkschaftlichen Grundsätzen, weil die Proklamation des Streikes vorgenommen worden ist auf Grund einer Urabstimmung, die vor Fällung des Schiedsspruches stattgefunden hat. Bekanntlich war die Urabstimmung vor dem Zusammentreten des Schiedsgerichts beendet und die Abstimmenden konnten den Schiedsspruch daher nicht mehr berücksichtigen. Abgesehen davon, daß nach der immer noch bestehenden Verordnung vom Dezember 1920, betr. Streik in lebenswichtigen Betrieben, nach Fällung des Schiedsspruches vor der Streikproklamation eine Urabstimmung vorzunehmen ist, sind auch alle an dem Streik beteiligten Gewerkschaften übereinstimmend der Ansicht, daß die Streikproklamation erst nach einer neuen Urabstimmung erfolgen dürfte. Die Gewerkschaften lehnen deshalb eine Sanktionierung des Streiks vorläufig ab und fordern von ihren Mitgliedern, daß am Montag in den Betrieben erneut eine Urabstimmung stattfindet. Erst nach dieser können weitere maßgebende Beschlüsse gefaßt werden. Wir zweifeln nicht daran, daß die städt.

Arbeitnehmer dem vollaus begründeten Verlangen ihrer Gewerkschaften nachkommen und am Montag erneut die verlangte Abstimmung vornehmen. Bei der Abstimmung muß berücksichtigt werden, daß die Situation seit der letzten Abstimmung völlig verändert ist. Denn alle Verschlechterungen des bestehenden Manteltarifs sind abgewehrt. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache wird sich ein wesentlich anderes Resultat als bei der letzten Abstimmung ergeben. Die bei den Arbeitern vorhandene Erregung über die unbegründeten Erlasse der Reichsregierung anlässlich des Eisenbahnerstreiks darf diese Abstimmung nicht beeinflussen. Der Kampf gegen diese Verordnungen ist nicht nur Sache der städtischen Arbeiterschaft, sondern wird von der gesamten Arbeiterschaft geführt werden. Um diesen Kampf erfolgreich zu beenden, ist ein geschlossenes, gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter notwendig, er kann auch nur zum Erfolg führen wenn er völlig einheitlich aufgenommen, geführt und beendet wird.

Wenn wir auch nicht daran zweifeln, daß die städtischen Arbeitnehmer bei Ausfaltung aller Gesichtsmomente ihre weiteren Beschlüsse so fassen werden, daß sie in jeder Weise von der gesamten Arbeiterschaft verantwortet werden können, so muß auf der anderen Seite gefordert werden, daß der Magistrat und andere Behörden in dieser Situation, die zum großen Teil nicht unberechtigte Erregung der Arbeiter dadurch aufs neue geschürt wird, daß ähnliche Dummheiten wie bei dem Eisenbahnerstreik gemacht werden. Weder sind für das Einretten der Technischen Nothilfe, noch für irgendwelche Notverordnungen Ursachen vorhanden. Grundverleht wäre es, die städtischen Betriebe mit Polizei oder sonstigen Truppen zu besetzen. Die Erfahrung lehrt, daß derartige Maßnahmen niemals zur Beruhigung des Kampfes beitragen, sondern im Gegenteil eine Verschärfung herbeiführen. Die Streikleitung hat ausdrücklich beschlossen, alle Notstandsarbeiten zu verrichten. Die Zuführung von Gas, Wasser, Strom an Kranken- und Pflegeanstalten ist gesichert. Ebenso sind zur Vermeidung von Unterbrechungen und Schädigungen der Bauarbeiten an den Untergrundarbeiten der Nord-Südbahn Vorkehrungen getroffen. Eine Besetzung der Betriebe mit Polizei und Technischer Nothilfe würde aber auch dazu führen, daß die Arbeitnehmer die von den Gewerkschaften verlangte Urabstimmung nicht vornehmen könnten und damit die Arbeitseinstellung tatsächlich erst eintreten würde.

Der Magistrat erläßt folgenden Aufruf:

An alle städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten!

Der Magistrat hat in seiner Sitzung beschlossen, den im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses anzunehmen und das gleiche der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen.

Alle Arbeiter und nicht ständig Angestellten genießen also alle wesentlichen Rechte aus den bisherigen Manteltarifen weiter, besonders diejenigen, die ihnen bisher bezüglich des Urlaubs, der Arbeitszeit und des Mitbestimmungsrechtes zustehen. Die Gerüchte über bedeutend verlängerte Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne usw. sind un wahr.

Ob und welche Änderungen in diesen Richtungen später einmal einzutreten haben, ist durch den Schiedsspruch ausdrücklich dem Ergebnis von neuen Verhandlungen vorbehalten, die spätestens am 1. März zu beginnen haben. Mithin werden vier Monate Zeit sein, diese Verhandlungen gründlich und abschließend von beiden Seiten zu führen.

Hiermit steht der Magistrat den Weg offen, die schwereren Schäden wirtschaftlicher und gesundheitlicher Art, welche ein Ausstand der städtischen Arbeiter und nicht ständig Angestellten mit sich bringen muß, der Einwohnerbevölkerung von Berlin und insbesondere auch der werktätigen Bevölkerung, den Müttern und Kindern, vor allem auch den Kranken zu ersparen.

Der Magistrat ruft daher alle Arbeiter und nicht ständig Angestellten auf, auch ihrerseits den Spruch des Schlichtungsausschusses anzunehmen und zu verhindern, daß über die städtischen Betriebe und über die städtische Wirtschaft eine Katastrophe hereinbricht, die letzten Endes am schwersten alle die treffen müßte, für die der Bestand der städtischen Werke und der ruhige Gang der städtischen Wirtschaft Brot, Dasein und Zukunft bedeuten, nämlich die Arbeiter und Angestellten selbst.

Magistrat.

Böb.

Die Finanzlage Berlins

Der Magistrat beschäftigte sich in einer außerordentlichen Sitzung am Sonnabend mit der Finanzlage der Stadt. Das dauernde Anwachsen der Ausgaben ohne entsprechende Mehreinnahmen macht die Fortführung der städtischen Wirtschaft in der bisherigen Weise unmöglich. Die Veranlassung der Tarifserhöhung für die städtischen Werke in der letzten Stadtverordnetenversammlung hat die Lage weiter verschlimmert. Der Kämmerer gab eine Darstellung der bisherigen Entwicklung der Ausgaben für die nächste Zukunft. Der Magistrat erkannte an, daß bei dem Verfall des Reiches und dem Zurückbleiben der Einnahmen die Fortführung der städtischen Wirtschaft nur durch einschneidende Maßnahmen sichergestellt werden kann. Er wird in seiner nächsten Sitzung am Mittwoch über die Einzelmaßnahmen für Einschränkung im laufenden Haushalt, sowohl im außerordentlichen wie im ordentlichen Haushalt, beschließen.

wurde neu aufgenommen. Ferner verkehrten zwischen Berlin und Küstrin, Belg. Halle a. S., Personenzüge. Reisende müssen, um sicher zu gehen, vor Antritt der Fahrt auf der Abgangsstation sich nach der Relembilhaftigkeit erkundigen. Die Schneereinigungsarbeiten schreiten gut vorwärts, so daß mit teilweiser Aufnahme des Rangierverkehrs morgen gerechnet werden kann. Aus den Bureaus des Zentralamtes und der Eisenbahndirektion wurden nahezu 300 Beamte aller Dienstgrade im Außendienst eingesetzt.

Die Lage im Reich

Nach W.L.-Meldungen heftt sich die Lage im Reich wie folgt: **Direktionsbezirk Hannover.** Die Streiklage hat sich durch teilweisen Eintritt des Bahnhofspersonals in den Streik verschärft.

Direktionsbezirk Stettin. Die Zahl der Ausständigen hat sich vermehrt. Die Bahnhöfe Palkow, Angermünde und Eberswalde sind unter polizeilichen Schutz gestellt worden. Der Notverkehr konnte aufrechterhalten werden.

Direktionsbezirk Dresden. Die Streiklage verschärft sich, da auch Teile des Stations- und Fahrpersonals in den Ausstand getreten sind.

Bremen. Die Streiklage hat sich seit den gestrigen Abendstunden weiter verschärft, da die Hülfskräfte des Eisenbahnpersonals erklärten, keine Kohlenzüge fahren zu wollen. Durch diese Ablehnung wird auch der eingeschränkte Notverkehr zum völligen Stillstand gelangen.

Königsberg. Die dem Deutschen Eisenbahnerverband angehörenden Arbeiter haben auf den meisten Dienststellen die Arbeit niedergelegt. Von Beamtengruppen streikt hauptsächlich das Lokomotiv-, Zugbegleit-, Rangier- und Weichenstellerpersonal. Der Güterverkehr mit Königsberg ist noch ge-

sperri; im größten Teil der Provinz ist er in beschränktem Umfang wieder aufgenommen.

Schwerin. Die „Medien. Ztg.“ meldet: Seit Sonnabend früh ruht auch in Mecklenburg der Zugverkehr, da sich das Eisenbahndienstpersonal dem Streik angeschlossen hat. Einige wenige Lokalzüge sind im Laufe des Vormittags noch in Schwerin einelaufen.

Brandenburg. Wie die Eisenbahndirektion mitteilt, ist die Stimmung in Beamten- und Arbeiterkreisen ruhig. Der Notbetrieb wird auf allen Strecken durchgeführt.

Wien. Die Lage im Eisenbahnerstreik ist im allgemeinen unverändert. Im besetzten Gebiet wird nicht gestreikt, der Zugverkehr von und nach dem unbesetzten Gebiet ist sehr unregelmäßig.

Der Notverkehr

Nachdem die Reichsregierung mit den Epithenorganisations Verhandlungen über Wiederaufnahme des Zugverkehrs gesponnen hatte und zwar unter Ausschluß der am Streik beteiligten Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamter und -Anwärter und die Aufrufe zur Wiederaufnahme der Arbeit so gut wie ergebnislos geblieben waren, haben eine Reihe von Versuchen stattgefunden, die darauf hinzielten, den Standpunkt der Regierung im Interesse der Volkswirtschaft dahin zu ändern, daß diese die Verordnung zum Schutze des Eisenbahnverkehrs dahin abändert, daß die Streikleitung die Möglichkeit zur Einziehung eines Notverkehrs, der der Eisenbahnerverwaltung bisher nicht möglich war, zu geben, um die Verlorung mit Lebensmitteln und die Durchführung der Milchzüge zu ermöglichen. Es ist anzunehmen, daß die Regierung der Frage der Abänderung der Verordnung alsbald nähertritt.

auch zu ängstlich und ungeschult ist gegen eine derartige Provokation geschlossen aufzutreten. Nur durch brutallsten Terror seitens der oberen Instanzen wurden diese Beamten noch im Dienst gehalten. Wie lange noch, erscheint fraglich.

Diese Stimmung stellt einen außerordentlich günstigen Boden dar für Wählerereien der kommunistischen Partei. Es wird mit jedem Tage deutlicher, daß die K. P. D. die Situation und die gereizte Stimmung der Beamten benützt, um ihre erhaltene Parteifuppe von neuem zu erhitzen. Die erregte Stimmung der gesamten Arbeiterschaft über die Unstimmigkeit der Ordnung wird für die gleichen Zwecke benützt. Es vergeht in diesen Tagen keine Betriebs- oder Streikversammlung, in der nicht kommunistische Agitatoren untersten Grades erscheinen, um ihre Redewalzen abzulassen. Kletteste Ladenaufhänger, Neben gegen den Versailler Vertrag mit stark nationalstümlichem Einschlag und andere Unsinnigkeiten müssen herhalten, um eine Atmosphäre völliger Verwirrung zu schaffen. Denn nur in einer solchen blüht der Weizen der Futtschisten von der K. P. D. Es ist darum zu begrüßen, daß die Gewerkschaftskommission und der örtliche A.F.A.-Bund in ihrer an anderer Stelle abgedruckten Rundgebung hervorheben, daß für eine Ausdehnung der Bewegung nicht der geeignete Augenblick sei. Auch wir möchten die Arbeiterschaft ermahnen, Besonnenheit zu bewahren und sich nicht durch Brandreden von unlegitimierten Personen zu irgendwelchen Schritten verleiten zu lassen.

Die Haltung der Spitzengewerkschaften im Eisenbahnerstreik

Vom A.F.A.-Bund wird uns geschrieben:

Der Aufruf der Spitzengewerkschaften zum Abbruch des Eisenbahnerstreiks wird sowohl von der bürgerlichen, als auch von der kommunistischen Presse in durchaus tendenziöser Weise entzerrt. Es muß zunächst festgestellt werden, daß die Protesterklärung des A. D. G. B. und des A.F.A.-Bundes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten und die Maßnahmen des Berliner Polizeipräsidenten, die bereits in den Abendblättern vom 2. Februar veröffentlicht war, durch den Aufruf vom 4. Februar zur Wiederaufnahme der Arbeit im Eisenbahnbetrieb, auch ohne nochmalige Wiederholung keineswegs ihre Geltung verloren hat. Ebenso scheint es noch nicht allgemein bekannt zu sein, daß auf Einwirkung der Gewerkschaften bereits am 2. Februar die verhafteten Führer der Streikenden wieder freigelassen wurden und mit der Reichsgewerkschaft hinsichtlich der Verfügung über die beschlagnahmten Gewerkschaftsgelder an demselben Tage eine Verständigung mit dem Polizeipräsidenten herbeigeführt worden war.

Soweit es sich um den materiellen Teil der Beamtenforderungen handelt, ist in den Verhandlungen mit den Spitzengewerkschaften die Zusicherung der Reichsregierung gegeben worden, daß mit allen Spitzengewerkschaften, die Beamte vertreten, nicht nur über die Besoldungsfragen, sondern auch über die anderen Beamtenwünsche in die Erörterung eingetreten werden soll. Diese Verhandlungen sollen und müssen in Zukunft mit den Spitzengewerkschaften geführt werden, wenn nicht wieder durch Sonderverhandlungen mit der Reichsgewerkschaft wichtige Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Staatsbetrieben preisgegeben werden sollen. Es wird von den Gegnern der Spitzengewerkschaften auch gestillt verschwiegen, daß in der Sonnabend früh von der Regierung verbreiteten offiziellen Pressenotiz die Fortsetzung der Erörterungen über die Beamtenbesoldung als eine ausbrüchliche Zusage des Reichkanzlers enthalten ist.

Bei der Verordnung des Reichspräsidenten ist von der Regierung zunächst die eindeutige, auch im Aufruf enthaltene Erklärung abgegeben worden, daß das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten gesichert ist. In der grundsätzlichen Stellung zum Streikrecht der Staatsbeamten gehen bekanntlich die Auffassungen der Regierung und die unsrige auseinander. Aus der Fassung unseres Aufrufes, wonach die der Regierungsauffassung entsprechende Verordnung des Reichspräsidenten mit dem Abbruch des Streiks gegenstandslos wird, geht aber hervor, daß die endgültige gesetzliche Regelung des Streikrechts der Beamten noch bevorsteht. Der Reichstag wird sich ja wohl in aller Kürze mit dieser grundsätzlichen Frage befassen müssen. Wer so wie der A.F.A.-Bund für das Streikrecht der Beamten eintritt, hat aber auch die Pflicht, organisatorische Sicherungen zu schaffen, daß die einzelnen Beamtengruppen der Organisationsdisziplin der gewerkschaftlichen Spitzorganisation unterstellt werden. Die derzeitige zerrissene und zurückgebliebene Organisationsform der Beamten erschwert es aus äußerster, die Anerkennung einer Regierung für das bedingungslose Streikrecht der Beamten zu finden. Die Reichsregierung hat die Forderung der Gewerkschaften nach sofortiger Aufhebung der Verordnung vor allem mit dem Hinweis auf ihre zur Führung der Außenpolitik nach ihrer Meinung unerlässlich notwendige autoritative Stellung entschieden abgelehnt. Nach den vom Reichkanzler gegebenen Erklärungen konnte auch kein Zweifel sein, daß die Spitzengewerkschaften bei einem Scheitern der Verhandlungen und der daraus folgenden Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks zur allgemeinen gewerkschaftlichen Aktion gegen die Regierung mit einer Kabinettskrise rechnen müssen.

Ein Sturz der Regierung, der in diesem Falle von den Gewerkschaften außerparlamentarisch erzwungen werden würde, bedingt, daß die Möglichkeit der Neubildung einer Regierung unter der Parole des Verzichtes auf alle einschränkenden Bestimmungen für das Streikrecht der Beamten gegeben ist. Eine solche Voraussetzung ist nicht gegeben. Nicht nur die Vorgänge in Rußland und das Verhalten weiter reaktionärer Beamtentresse gegenüber der sozialistischen Regierung in Sachsen, sondern auch die politisch arbeitserföndliche Orientierung eines erheblichen Teiles der Reichsbeamten lassen die Annahme zu, daß wahrscheinlich selbst eine auf die heutige Regierung etwa folgende Arbeiterregierung mit der Parole des bedingungslosen Streikrechts der Staatsbeamten nicht gefunden werden könnte. Die Spitzengewerkschaften haben deshalb durchaus im Bewußtsein ihrer vollen Verantwortung gehandelt, wenn sie zur Vermeidung des aus einem solchen Regierungssturz entstehenden Chaos die augenblickliche Verständigung mit der Regierung nicht scheitern ließen. Das bedeutet keineswegs, daß das Verlangen nach der formellen Aufhebung der Verordnung von den Gewerkschaften weiterhin irgendwie aufgegeben werden darf. Die Entscheidung bringen die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen, bei denen sich die uns nächststehenden Abgeordneten für das Streikrecht der Beamten unter den oben erwähnten organisatorischen Sicherungen einsetzen werden. Ob die von dem größten Teil der Beamten gewählten bürgerlichen Parteien ebenso verfahren, wird sich zeigen.

Die Streiklage in Berlin

Amlich wird gemeldet: Die Streiklage ist im wesentlichen unverändert. Der regelmäßige Notbetrieb für den öffentlichen Personenverkehr auf der Wannseebahn und auf den Strecken nach Königsfurtbaufen, Potsdam, Lichterfelde-Ost (elektr. Bahn) und Bernau wurde weiter ausgebaut, ebenso der Fernverkehr nach Regensburg, Stettin und Erendal. Der Verkehr nach Erkner

Die deutsche Entwaffnung

Ein Bericht des Generals Rollet

Paris, 4. Februar.

Ein Bericht über den Gehehenswurf für die Militärreform, der jedoch in der Kammer verteilt worden ist, liegt u. a. ein Bericht des Generals Rollet vom 24. Dezember 1921 über die Ergebnisse der Kontrollmaßnahmen in Deutschland bei. Hiernach haben die Deutschen das nachstehend aufgeführte Kriegsmaterial ausgeliefert oder zerstört: Kanonen und Kanonenrohre 40 635, Minenwerfer 11 592, vollständige Maschinengewehre und Maschinengewehrrohre 318 631, Tragwaffen 4 482 337, Flammenwerfer 1116, Flugzeuge und Wasserflugzeuge 16 967, Motore 21 640.

Der Kontrollkommission sind 6942 Fabriken bekanntgeworden, in denen ehemals Kriegsmaterial hergestellt wurde. Die Kommission hat 6503 davon inspiziert und in 6097 Fabriken den Betrieb freigegeben. In materieller Hinsicht, sagt der Bericht, habe die Entwaffnung weitere Fortschritte gemacht. Aber die Tatsache, daß die Gewerkschaften gegen die Kontrollkommission Partei ergriffen hätten, sei bezeichnend für eine Wandlung in ihrer Haltung, die dazu angeht, die Maßnahmen für die Entwaffnung Deutschlands zu gefährden. Der Bericht sagt ferner, die Kontrollkommission habe die Beseitigung der überzähligen höheren Offiziere verlangt, die in gewissen Truppenkörpern subalterne Kommandostellen innegehabt hätten.

General Rollet irrt, wenn er von einer Wandlung in der Haltung der deutschen Gewerkschaften in bezug auf die Entwaffnung Deutschlands spricht. Die Gewerkschaften haben offiziell zur Entwaffnung überhaupt keine Stellung genommen, da sie keine politische Organisationen sind. Wenn sie gegen Maßnahmen der Interalliierten Kontrollkommission protestierten, die, wie z. B. die Zerstörung der Dieselmotoren und die verlangte Betriebseinstellung bereits völlig umgestellter Fabriksbetriebe, mit der Entwaffnung in keinem erkennbaren Zusammenhang standen, aber mit erheblichen volkswirtschaftlichen und sozialen Schäden verbunden waren, so hat das mit einer Wandlung in ihrer Haltung zur Entwaffnung nicht das Geringste zu tun. Die Gewerkschaften haben immer und überall die Pflicht, Schädigungen von den ihnen angehörenden Arbeiterkreisen abzuwehren und nur diese selbstverständliche Pflicht zwang sie zum Protest gegen die erwähnten Maßnahmen.

Die Pariser Konferenz

Zu der Reparationskonferenz der Arbeiterparteien in Paris, die am Sonnabend, den 4. Februar, begonnen hat, waren für die U. S. A. die Genossen Crispian und Ledebour delegiert. Der Eisenbahnerstreik verhindert zunächst noch die Abreise, so daß es fraglich geworden ist, ob unsere Genossen überhaupt noch an der Konferenz teilnehmen können. Die Einreiseerlaubnis ist erfolgt.

Weiteres Steigen der Teuerung

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts ist die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung) vom Dezember 1921 zum Januar 1922 von 1550 auf 1640, demnach um 5,8 v. H. gestiegen. Gegenüber Januar 1921 bedeutet dies eine Steigerung um 7,7 v. H. gegenüber Mai, dem billigsten Monat des vergangenen Jahres, 26,4 v. H. Weniger stark als im Vormonat trugen im Berichtsmonat Erhöhungen der Ausgaben für Heiz- und Leuchtstoffe zu der Steigerung der Lebenshaltungskosten bei. Die Wohnungsmieten haben sich in einer Reihe von Erhebungsgemeinden erhöht. Bedeutend stärker haben sich die Kosten für den Ernährungsbedarf gesteigert. Die Indexziffer für die Ernährungsausgaben allein stieg von 2088 auf 2218 oder 6,3 v. H. Billiger wurden seit dem Vormonat nur die Fette, deren Preise sich bis Mitte Januar recht erheblich erniedrigten konnten, inzwischen allerdings wieder angehoben haben. Dagegen wurden — in einer größeren Reihe von Erhebungsgemeinden — Brot und fast allgemein Rindfleisch, Fische, Zucker, Kartoffeln und Gemüse wesentlich teurer. Für die übrigen Lebensmittel war die Preisbewegung nicht ganz einheitlich.

Die Schlichtungsordnung im Reichsrat

Die Donnerstag-Sitzung des Reichsrats beschäftigte sich mit dem Entwurf einer Schlichtungsordnung, deren wesentlichste Bestimmungen unseren Lesern aus zahlreichen Veröffentlichungen bekannt sind. Nach dem Bericht des Ministerialdirektors Dr. Fried hat der Reichsrat an der Regierungsvorlage folgende Änderungen vorgenommen: Statt zwei Drittel Beteiligung soll das Reich die Gesamtkosten des Verfahrens übernehmen. Die Sonder-schlichtungsbehörden für die Arbeiter, die in Unternehmungen und Verwaltungen des Reichs beschäftigt sind, werden aufgehoben, die Vorsitzenden und die Beisitzer der Landes-schlichtungsstellen sind auf Lebenszeit anzustellen ohne Mitwirkung der Bezirkswirtschaftsräte. Die Regierungsvorlage wollte die Anstellung auf unbestimmte Zeit mit einjähriger Kündigungsfrist.

Der bayerische Gesandte von Preger beantragte Streichung der Bedingung, wonach der Reichsarbeitsminister allgemeine Anweisungen für die Geschäftsführung der Landes-schlichtungsämter erlassen kann. Diese Bestimmung ging nach Ansicht der bayerischen Regierung über die Kassationsvorschriften der Verfassung hinaus.

Der sächsische Gesandte Dr. Gradnauer erklärte namens der sächsischen Regierung, daß der Entwurf für diese nicht annehmbar sei, weil § 55 eine sehr weitgehende Bindung der Arbeiter enthalte, die in einen Ausnahmefall eintreten könnten.

Ein Vertreter der Reichsregierung ersuchte um Ablehnung des bayerischen Antrages und stellte zugleich namens der Reichsregierung den Antrag: erstens die ursprüngliche Bestimmung über die Zusammensetzung der Landes-schlichtungsämter und zweitens die Bestimmung der Vorlage über die Kostenfrage wieder herzustellen.

In der Abstimmung wurde beinahe dieses Votum die Regierungsvorlage mit 45 gegen 20 Stimmen wiederhergestellt, dagegen blieb es hinsichtlich der Kostenverteilung bei den Ausschlußbeschlüssen; die mit 48 gegen 17 Stimmen aufrechterhalten wurden. Die Reichsregierung wird sich hinsichtlich dieses Punktes die Aufrechterhaltung ihrer Vorlage vorbehalten. Der bayerische Antrag wurde abgelehnt und die Vorlage in der Gesamtabstimmung gegen die Stimme Sachlens angenommen.

Wir haben seit Bekanntwerden des Entwurfs zur Schlichtungsordnung keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir die Gesetzgebung dieses Entwurfs auf das Schärfste bekämpfen. Die Bedenken, die der sächsische Gesandte, Dr. Gradnauer, im Namen seiner Regierung, insbesondere gegen den § 55 erhob, sind neben zahlreichen anderen Einzelheiten des Entwurfs auch unsere hauptsächlichsten. Nachdem nun der Reichsrat das famose Glanzwort verabschiedet hat, wird es jetzt dem Reichstag zugehen.

Die Arbeiter und Angestellten haben nunmehr die Pflicht, auf ihre Organisationen einzuwirken, damit das Gesetz, das eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit bedeutet, im Reichstag das Schicksal bereitet wird, das ihm zukommt: Die Versenkung in den Papierkorb.

Die Getreideumlage

M. T. B. meldet: In der Presse wird eine Nachricht verbreitet, wonach die Regierung beabsichtigt, auch für das Wirtschaftsjahr 1922/23 die Getreideumlage beizubehalten. Demgegenüber ist festzustellen, daß nach der Auffassung der Reichsregierung im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Entscheidung darüber, ob das Umlageverfahren für das kommende Wirtschaftsjahr aufgehoben werden kann oder beibehalten werden muß, noch nicht möglich ist, weil die Entwicklung der gesamten maßgebenden wirtschaftlichen Verhältnisse nicht klar genug abzusehen ist.

Ämtliche Märchenerzählung

Wir hatten kürzlich über einen Fall berichtet, in dem einer Partei ein Urteil zugestimmt worden ist, das statt der Ueberschrift „Im Namen des Volkes“ die Ueberschrift „Im Namen des Pöbels“ trug. Auf die auch in einem Teil der übrigen Presse erhobenen Angriffe antwortet jetzt das preussische Justizministerium durch den ämtlichen preussischen Pressedienst in einer tendenziösen Erklärung, deren positiver Inhalt uns so klar läßt wie zuvor. Es wird uns eine mysteriöse Geschichte erzählt, die sich bedenklich einem filmdramatischen Vorwurf nähert. Der

Betriebsräte!

Die Generalversammlung der Betriebsräte der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale des Wirtschaftsbezirks Groß-Berlin findet am

Montag, den 6. Februar, abends 6 Uhr in der Bockbrauerei, Berlin, Fildicinstraße 2, statt.

Tagesordnung:

1. Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Kämpfe
2. Diskussion

Die Delegierten der Generalversammlung sind verpflichtet, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Zugelassen werden nur diejenigen, welche sich ausweisen durch die Delegiertenkarte zur Generalversammlung und das Mitgliedsbuch der gewerkschaftlichen Organisation, sowie die Delegierten zur Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission und des U. S. Bundes, beide mit den von ihren Organisationen ausgestellten Ausweisen.

Kanzleibeamte, der das Urteil ausfertigte, bestreitet die Missetat. Sie müsse durch einen Dritten, der, während er selbst auf einen Augenblick das Zimmer verließ und das Urteilsformular in die Schreibmaschine eingespant war, begangen worden sein. Also der berühmte Unbekannte! Und nun folgt ein hochnotpeinlicher Nachweis, daß es unbedingt so gewesen sein müsse, denn auch das Datum laute statt 20. Januar auf 29. Januar, was beweise, daß auch das Datum von einer anderen Hand geschrieben sei; denn die gleiche Type, die bei jener anderen Maschine (nach Umschaltung) zum Schreiben des „O“ benutzt wird, ergab bei der tatsächlich benutzten Maschine (nach Umschaltung) die Ziffer „9“. Dieses Geschichtchen ist eines Sherlock Holmes würdig. Wir sind ja vom preussischen Justizministerium allerhand gewöhnt, aber daß man der Öffentlichkeit solch handgreifliche Unzinn anzuhaufeln mag, das erscheint uns doch reichlich stark. Jeder einigermaßen mit dem Maschinenschreiben vertraute Mensch weiß, daß der Bild abwechselnd von der Tastatur auf das Schreibbild fällt. Es ist also ganz ausgeschlossen, daß der betreffende Beamte diese Veränderung nicht gemerkt haben soll. Ausgeschlossen auch deshalb, da er ja nach der offiziellen Darstellung den Bogen noch weiß eingespant hat und ihn beim Wiederzutreten in sein Dienstzimmer beschrieb vorfand.

Wer es ist möglich, mit der Entfälschung dieser Märchenerzählung Zeit und Raum zu verlieren. Indirekt gibt das Justizministerium ja die Schuld des betreffenden Beamten zu, indem es heißt: „Wegen der Fährlichkeit, die darin liegt, daß der Kanzleibeamte die Urteilsausfertigung nicht durchgesehen und dadurch die falsche Ueberschrift nicht bemerkt hat, ist das Erforderliche veranlaßt worden.“ — Was das nun ist, das Erforderliche, braucht die Öffentlichkeit ebenfalls nicht zu erfahren. Es genügt, daß von ämtlicher Seite eine offene Verhöhnung der republikanischen Amtsgewalt begangen worden ist. Die Republik hat nicht den Ehrgeiz, ihre Würde zu wahren. Sie verdient demnach die Behandlung, die man ihr angedeihen läßt.

Präventivkrieg gegen die Wahrheit

Es dürfte in der politischen Öffentlichkeit wohl noch nicht vorgelommen sein, daß eine Partei Tatsachen dementiert, die in der Presse noch gar nicht veröffentlicht wurden. Die kommunistische Partei hat auch in dieser Beziehung einen Rekord aufgestellt. Die „rote Fahne“ wendet sich in sehr aufgeregter Weise gegen Enthüllungen, die demnach durch die bürgerliche Presse erfolgen sollen, und die, soweit das aus den Andeutungen des kommunistischen Wortes hervorgeht, die korrupte Rubelwirtschaft in der kommunistischen Partei behandeln werden.

Die Aufgereiztheit des kommunistischen Zentralorgans ist verhängnisvoll. Bedeutet doch die Aufdeckung der völligen materiellen Abhängigkeit der kommunistischen Partei von den Moskauer Geldgebern einen tödlichen Schlag für jene Schmarotcherexistenzen, die mit Hilfe der Millionen, die dem hungrigen russischen Volke entzogen werden, eine politische Rolle zu spielen suchen. Es trifft auch in Deutschland zu, was Genosse Friedrich Adler in seinem bekannten Brief an Trotski über die russische Korruption bei den österreichischen Kommunisten geschrieben hat: Es handelte sich nicht um eine Partei, die Unterstützung brauchte, sondern es handelte sich um eine Unternehmung, für die eine Partei gesucht wurde. Selbst deutsche Kommunisten, die den Betrieb kennen, sind der Ueberzeugung, daß der ganze kommunistische Spuk verfliegen würde, wenn die russischen Millionen auch nur zwei Monate ausbleiben würden. Mit Hilfe der alten Briefmarken, die Wilhelm Pieck jetzt von Partei wegen sammelt, dürften kaum die Kosten für die Präventivmaßnahmen gegen neue Enthüllungen bestritten werden.

Im Interesse der Gesundheit der deutschen Arbeiterbewegung wäre es nur zu wünschen, daß der Zeitpunkt recht schnell eintreten würde, wo die kommunistischen Arbeiter, durch Beseitigung ihrer finanziellen Abhängigkeit von Moskau, der Korruption und dem Schmarottertum in den Reihen ihrer Partei ein Ende sehen.

„Deutschlands Schuld am Weltkrieg ist eine freche Lüge!“

Von E. Ruge.

Dieser herrliche Ausspruch Wilhelms des Letzten geht in Deutschland um. Früher hat er es mit dem berühmten Wort: „Ich habe es nicht gewollt!“ versucht, heute klingt die Tonart schon anders. Man weiß eben, wie man Dummschädel die Klugen dürfen sich ein eigenes Urteil bilden an der Hand von besonders dazu hergerichteten „Vergleichenden Geschichtstabellen“, die Wilhelm II. kürzlich herausgegeben hat. Diese Tabellen und der obige Ausspruch fordern geradezu die Frage heraus, welche Rolle Wilhelm eigentlich tatsächlich beim Ausbruch des Weltkrieges gespielt hat. Durch die Rautsky-Dokumente und die Wiener Kotschker sind wir darüber ausgezeichnet unterrichtet; die in ihnen enthaltenen Urkunden sind deshalb so einwandfreie Zeugen, weil sie die wahren Absichten der handelnden Personen, die vor der Öffentlichkeit ängstlich geheim gehalten wurden, offenbaren und verraten, was sich im Juli 1914 hinter den Kulissen abspielte.

Der entscheidende Tag, an dem die Würfel über Europa fielen, war der 5. Juli 1914. An diesem Tage überbrachte der österreichische Botschafter in Berlin, Graf Szögyeny, der das alles selbst „streng geheim“ nach Wien berichtete (Notbuch I, Nummer 6), dem deutschen Kaiser ein Handschreiben Franz Josephs, durch das sich Graf Berchtold für seine verböserische Kriegspolitik gegen Serbien Deutschlands, d. h. Wilhelms II. Waffenhilfe sichern wollte, falls Rußland, was sehr wahrscheinlich war, sich in den österreichisch-serbischen Konflikt einmischen sollte. Ohne sich mit dem verantwortlichen Leiter der auswärtigen deutschen Politik beraten zu haben, ermächtigte Wilhelm II. den Botschafter nach einem gemeinsam eingenommenen Frühstück, Franz Joseph zu melden, daß Oesterreich in jedem Falle auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen könne. Ja, er drängte sogar zu einer energiegelassen militärischen Aktion gegen Serbien und sagte, es würde es bedauern, wenn Oesterreich den so günstigen Moment unbenützt ließe.

Dabei war er sich, wie aus Szögyeny's Bericht hervorgeht, voll bewußt, daß ein Krieg gegen Serbien sofort den österreichisch-russischen Krieg herbeiführen mußte. Deshalb sagt er dem Botschafter ausdrücklich auch für diesen Fall seine Hilfe zu, Deutschland werde in gewohnter Bundesreihe an Oesterreichs Seite stehen! Er sei seit Jahren auf Rußlands feindselige Haltung vorbereitet und glaube übrigens, daß Rußland keineswegs kriegsbereit sei und daß es sich gewiß noch sehr überlegen werde, an die Waffen zu appellieren. Er zweifelte auch nicht im geringsten, daß Herr v. Bethmann seiner Meinung vollkommen zustimmen werde (wie es sich für einen Kanzler der wilhelminischen Ära gehörte!). Damit legte er die deutsche Regierung auf seinen persönlichen Standpunkt fest und traf also aus sich heraus eine Entscheidung über das Schicksal des deutschen Volkes, die notwendigerweise zum Weltkrieg führen mußte, weil sie es auf einen Krieg mit Rußland, dem Frankreich zur Seite stand, ankommen ließ.

Die Auffassung in Wien war, daß sich Wilhelm II. durch seine Zusage für den Krieg entschieden habe — nun glaubte man alles riskieren zu können, zumal der deutsche Kaiser in den nachfolgenden Wochen unaufhörlich zum Kriege gegen Serbien drängte. Wir sehen das aus seinen Randbemerkungen, durch die er einen außerordentlich starken Einfluß auf den Gang der Ereignisse ausgeübt hat. Wilhelm wußte auch zu genau, wie ehrfürchtig man im auswärtigen Amt jede seiner „Allerhöchsten Weisheiten“ betrachtete und daß man sich dort diesen oft in Befehlsform abgefaßten Bemerkungen niemals ernstlich widersetzte.

Bis zum 28. Juli wünschte Wilhelm II. den Krieg! An diesem Tage setzt er sich, wie es in den „Geschichtstabellen“ großsprecherisch heißt, „persönlich ohne Bezug für die Erhaltung des Friedens ein“. Warum das plötzlich geschieht, nachdem er vorher so energisch auf den Krieg hingearbeitet hat (noch am 26. Juli schreibt er an den Rand eines Berichtes aus Petersburg, in dem von dem drohenden Krieg zwischen Oesterreich und Rußland gesprochen wird: „Aber denn zu!“), wird natürlich nicht gesagt. Der Grund war: Wilhelm hatte sich am 28. Juli früh durch die serbische Antwortnote davon überzeugt, daß ein Anlaß zum Kriege gegen Serbien nicht mehr vorhanden wäre. Da aber Oesterreich den schon begonnenen Krieg trotz der serbischen Zugeständnisse nicht sofort wieder einstellen wollte und auch infolge der Zusage Wilhelms vom 5. Juli alles riskieren zu können glaubte, mußten die an die falsche Adresse (den Zaren) gerichteten Vermittlungsversuche des deutschen Kaisers ergebnislos verlaufen. Das sah Wilhelm erst am 30. Juli ein und versuchte — etwas spät — auf Franz Joseph zu wirken.

„Niemand sonst in seinem Leben“, sagt Heinrich Kanner in seiner vorzüglichen Schrift „Kaiserliche Katastrophenspolitik“ (Verlag Taf. Leipzig—Wien 1922), „hat Wilhelm II., soweit man seine Aeußerungen kennt, so schwächern, bescheiden und submissiv wie in dem Telegramm an Franz Joseph gesprochen.“ Aber der wollte seinen Vermittlungsversuch, der wollte nichts anderes als die ihm versprochene militärische Hilfe.

„Wilhelm II. bemühte sich wohl, damals den Krieg durch Vermittlungsversuche abzuwenden“, heißt es bei Kanner weiter, „aber gegenüber dem Einzelnen, der außer und neben ihm zu entscheiden hatte, fand er den Mut nicht, klar, deutlich und mit dem vollen Gewicht der Macht eines deutschen Kaisers seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben. Wenn er nicht erst am 30., sondern gleich in der ersten Inspiration am 28. dem Kaiser Franz Joseph — nicht, wie er es tat, ein kleinmütiges Anstagestelegramm geschickte, sondern seine Ueberzeugung von der Ungerechtigkeit des Krieges nach dieser serbischen Kapitulation demütigster Art“ ausführlich und, wenn nötig, wie so oft bei kleinen Anlässen, persönlich dargelegt hätte, hätte der Kaiser von Oesterreich, dem die Mittel zur selbständigen Kriegführung fehlten, nach einem der zahlreichen Vermittlungsanträge greifen müssen. . . .“

Aber Wilhelm II. wollte sein einmal gegebenes Wort, das Wort eines Kaisers, nicht zurücknehmen. Und seine Militärs drängten ihn zu der Entscheidung, die den Beginn des Weltkrieges bedeutete: die Erklärung des Zustandes drohender Kriegsgefahr!

Ist nach alledem Deutschlands, d. h. Wilhelms II. Schuld am Ausbruch des Weltkrieges wirklich eine „freche Lüge“?

Zähne 5 u. 8 Mk. mit Friedenskautschuk

3 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beidung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen u. 30 Mk. an. Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxusreize.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Was soll unser Kind werden?

Das Berufsamt der Stadt Berlin

Die entscheidende Frage, die sich bei der Schulentlassung in jeder Familie erhebt, ist heute schwieriger denn je. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland haben eine vollständige Verzerrung auf dem Arbeitsmarkte hervorgerufen. Die Berufswahl wird dadurch zu einer schwierigen Frage und eine Vereinfachung von Reizung und Möglichkeiten ist beinahe ein Glücksfall. Diese Entwicklung ist in der mechanisierenden Tendenz des Kapitalismus begründet, aber sie wirkt doch in der gegenwärtigen Krise mit ganz besonderer Stärke.

Es gab schon seit Jahrzehnten verschiedene Einrichtungen, die sich die Berufsberatung als Zweck gesetzt hat. Es waren meist private Wohlfahrtsvereine, die Frauen- und Handwerkerorganisationen, Innungen und Handwerkskammern. Jedoch reichen alle diese Institutionen nicht annähernd aus, schon weil ihre Mittel zu knapp bemessen waren. Durch einen Ministerialerlass vom März 1919 wurde darauf in jedem Stadt- und Landkreis die Errichtung eines Berufsamtes zur Pflicht gemacht, um die Berufswahl und den Berufswechsel durch Rat und Tat zu erleichtern.

Nach längeren Vorarbeiten konnte die Stadt Berlin im Mai 1920 ihr Berufsamt eröffnen, das provisorisch in dem ehemaligen Passagierhaus in der Oranienburger Straße untergebracht wurde und vorläufig sich auch noch dort befindet, bis geeignetere Räume zur Verfügung gestellt werden können. Mit der Eröffnung des Berliner Berufsamtes sind alle privaten Einrichtungen, die den gleichen Zweck verfolgen, verschwunden. Die Einarbeitung der neuen Behörde in ihren Arbeitskreis wurde naturgemäß durch die Vereinheitlichung Groß-Berlins erschwert, die die Aufgaben erweiterte. Es wird geplant, in jedem Verwaltungsbezirk im Anschluß an das Bezirksarbeitsamt eine Berufsberatungsstelle einzurichten. Zugleich besteht die Absicht, derartige Stellen in jedem Stadt- und Landkreis zu errichten. Die gesamte Arbeit wird aber von dem Berufsamt der Stadt Berlin ausgeübt. Einen gewissen Ausweg hat man dadurch geschaffen, daß in den einzelnen Verwaltungsbezirken an mehreren Tagen die erforderlichen Ratschläge erteilt werden.

Die Methode der Berufsberatung

Die Berufsberatung geht von der Feststellung der körperlichen und geistigen Eignung aus, die man mit den Neigungen des Ratsuchenden zu verknüpfen versucht. Bei den Erwachsenen, die einen Berufswechsel vorzunehmen beabsichtigen, muß man sich freilich mit einer möglichst erschöpfenden Auskunft über die vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten und einer Darstellung des wirtschaftlichen Standes begnügen. Schwieriger und allerdings auch ergiebiger ist die Beratung der Jugendlichen.

Ein halbes Jahr vor der Schulentlassung werden auf Veranlassung des Berufsamtes in den Schulen Merkblätter und Fragebogen verteilt, in die ein Vertrauensmann aus der Lehrerschaft die erforderlichen Eintragungen macht. Diese beziehen sich auf die geistigen Fähigkeiten des Schülers und die finanzielle Lage seiner Eltern. Der Schularat teilt den körperlichen Befund mit und der Junge oder das Mädchen selbst schreiben schließlich die Wünsche auf, die sie für ihren künftigen Beruf haben. Damit bekommt das Berufsamt alle wünschenswerten Unterlagen in keine Kartei, die bei der persönlichen Besprechung äußerst wertvoll sind.

Wenn die persönliche Besprechung ist selbstverständlich von entscheidender Bedeutung und es kommt dabei alles darauf an, daß der Berufsberater das Vertrauen des Ratsuchenden jungen Menschen gewinnt. Nach dem Eindruck, den man bei einem Besuch von den Beamten und Beamtinnen gewinnt, scheinen die Vorbedingungen dazu gegeben zu sein. Und die ständig zunehmende Zahl derjenigen, die diese städtische Behörde in Anspruch nehmen, darf als Beweis dafür gelten. Uebrigens untersteht das Berufsamt der städtischen Deputation für Arbeit und Gewerbe, und zwar dem Ausschuss derselben für Berufsberatung, unter dem Vorsitz unseres Genossen Stadtrat Brühl.

Bei der Beratung zeigt es sich immer wieder, daß die Knaben und Mädchen zwar meistens Eignungen zu einem bestimmten Beruf haben, aber nicht im geringsten wissen, wie dieser Beruf

ausieht und was darin zu leisten ist. In Hand von verschiedenen Materialien und Erzeugnissen wird ihnen klar gemacht, welche Anforderungen die Tätigkeit, die sie auszuüben gedenken, erfordert, und es ist dann meist nicht übermäßig schwer, sie von falschen Vorstellungen abzubringen.

Wichtig für die Eignungsprüfung sind die psychologischen Versuche, die mit den Hilfsmitteln der psychotechnischen Wissenschaft vorgenommen werden. Intelligenz, Augenmaß, Taktgefühl und andere Eigenschaften können dadurch auf eine klare Weise festgestellt werden.

Die Organisation des Berufsamtes

Das Berufsamt besteht aus vierzehn Beratungsabteilungen, die sich auf die verschiedenen Gewerbe verteilen. Am meisten in Anspruch genommen wird das Metallgewerbe, für das sich mehr als ein Drittel zu entscheiden wünscht. Verhältnismäßig gering ist dagegen die Reizung zu landwirtschaftlicher Arbeit. Vom Februar bis Oktober hat man 150 Knaben zur Erlernung der Landwirtschaft hinausgeschickt, von denen ungefähr 25 Prozent vor Ablauf der Lehrzeit zurückkamen. Wenn man bedenkt, daß Berliner Kinder aus einem ganz anderen Milieu herkommen, daß sie insgesamt sehr schlecht ernährt sind, und daß andererseits die landwirtschaftliche Arbeit ein Höchstmaß körperlicher Anstrengung erfordert, so erscheint dieses Ergebnis als keineswegs unbedeutend.

Bei der Berufsberatung muß selbstverständlich ein entscheidendes Gewicht auf die Beobachtung des Arbeitsmarktes gelegt werden. Es zeigt sich dabei, daß viele Gewerbe, deren Konjunkturen günstig sind, nur wenig Lehrlinge aufnehmen, weil sie weniger ausgebildetes Personal finden und bei den teureren Markterlösen und der Beschränktheit ihrer Räume nicht gerne die Ausbildung neuer Kräfte übernehmen. Das ist zum Beispiel bei den Tischlern der Fall. Umgekehrt liegt die Sache bei den Dreizehnern, von denen viele infolge der Preissteigerung entlassen sind. Hier wären die Meister ganz gerne bereit, Lehrverträge einzugehen, da sie dadurch reich zu wohlfeilen Arbeitskräften kämen, aber diese Tatsachen sind natürlich bekannt, und es finden sich nur sehr wenige, die dieses Handwerk erlernen möchten.

Für die Berufe mit höherer und Hochschulbildung besteht eine besondere Beratungsabteilung, ebenso für die verschiedenen weiblichen Berufe. Von ganz besonderer Bedeutung ist jedoch die Beratungsstelle der Körperlich und geistig Anormalen und Fürsorgebedürftigen. Diese werden von den verschiedenen Jugendwohlfahrtsämtern und Fürsorgestellen überwiesen und es ist nicht leicht, für sie immer passende Arbeit ausfindig zu machen. Zu dieser Abteilung kommen alle, die einer ganz persönlichen Hilfe bedürfen: Waisen, Krüppel, Hochopathen, Arminelle, Fürsorgegänger und Verwahrloste.

Das Berufsamt arbeitet mit den verschiedenen ähnlichen Organisationen Hand in Hand. Sowohl mit dem Arbeitsnachweis, als auch mit dem Jugendamt besteht ständige Verbindung, und neuerdings hat man auch von der Erwerbslosenfürsorge Ratsuchende erhalten, die einen anderen Beruf ergreifen könnten.

Die eigentliche Schwierigkeit liegt darin, nicht beim Rat stehen zu bleiben, sondern wirklich tätig zu helfen. Die Aufgabe, Lehrstellen zu beschaffen, hat die Außenabteilung. Leider löst sie dabei nur allzu oft auf das Nichttrauen und den Unwillen der Arbeitgeber, auf deren Bereitwilligkeit zur Aufnahme von Lehrlingen sie völlig angewiesen ist. Nach großen Bemühungen ist es gelungen, mit einigen Innungen und Großbetrieben Abkommen zu schließen, aber vorläufig übersteigt die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte noch die Zahl der Lehrstellen ganz erheblich. Die Außenabteilung hat ferner die Aufgabe, eine Prüfung der Lehrstellen vorzunehmen, ob sie überhaupt für die Ausbildung geeignet sind. Es werden vielfach Lehrlinge verlangt, deren Arbeitskraft lediglich in überster Weise ausgenutzt wird, ohne daß sie dabei das Geringste lernen. Die einzig richtige Abhilfe, nämlich den Zwang zur Ausbildung, lassen die Gesetze nicht zu. Und eine Beseitigung der daraus resultierenden Mißstände ist wohl auch in der kapitalistischen Wirtschaft nicht möglich. Schließlich befaßt sich die Außenabteilung auch mit der Feststellung auswärtiger Lehrstellen, zu welchem Zwecke sie in ständiger Verbindung mit den einzelnen Landesberufsämtern steht.

Die Ratsuchenden

Im Jahre 1920, über das ein gedruckter Bericht vorliegt, wurde das Berufsamt von 31 727 männlichen und 14 452 weiblichen Ratsuchenden in Anspruch genommen. Die Mehrzahl davon waren natürlich Jugendliche, die im Begriff waren, die Schule zu verlassen, während die Beratungen über den Berufswechsel verhältnismäßig geringfügig waren.

Interessant sind die Wünsche der Berliner Gemeindeschüler. 35,8 Prozent wollten Metallarbeiter werden, dann folgen die kaufmännischen Berufe, die 10,4 Prozent und die Nahrungsmittelberufe, die 10,2 Prozent ergreifen wollten. 0,2 Prozent, das sind die wenigsten, wollten Steinmetze und Steinbildhauer werden und ebensoviele hätten gerne weiter die Schule besucht, während 11,4 Prozent unentschieden waren. Insgesamt wurden 4117 Lehrstellen vermittelt, davon 320 nach auswärts. Es waren dieses 2362 Knaben, von denen die größte Zahl, 421, Kontorlehrlinge, 360 Kunst- und Bauhilfsschüler wurden. Nur zwei wurden Seiler und nur einem einzigen wurde die Ausbildung als Färber vermittelt. Von den 1755 Mädchen gingen ebenfalls die meisten, 471, ins Kontor, 331 wurden Schneiderinnen, die geringsten Zahlen entfielen auf Zwickler und Goldschmiedehandlung, Schirmnähen, Bandagennähen, Posamentennähen, Puppenindustrie und Krankenpflege. Bei der Krankenpflege liegt das wohl daran, daß das erforderliche Mindestalter zwanzig Jahre beträgt.

Das Berufsamt hat eine überaus bedeutsame Aufgabe zu erfüllen, und soweit man nach einem kurzen Bericht urteilen darf, ist es auf dem besten Wege, einer großen Lücke in der Arbeitsvermittlung auszufüllen. Man darf hoffen, daß diese junge Organisation sich bald völlig eingearbeitet haben wird und sicher wird es dabei auf die weitestgehende Unterstützung der Stadt, wenn sie nicht völlig von reaktionärer Dummheit geleitet wird, rechnen dürfen. Die Mängel, die zur Zeit noch vorhanden sind, wird man gern als Kinderkrankheiten auffassen, zu deren Beseitigung es wohl nur eines Anstoßes bedarf. Eine solche Kinderkrankheit ist hoffentlich nur die Ausarbeitung der Merkblätter für die Schüler, deren Wortlaut soziale Unterschiede macht, die wenig zeitgemäß sind. Während die Gemeindeschüler in diesem Merkblatt mit „Du“ angesprochen und in postoralem Tone ermahnt werden, wendet man sich an die Schüler der höheren Lehranstalten mit der Anrede „Sie“, wie denn überhaupt dieses Merkblatt höflicher und sachlicher abgefaßt ist. Diese verschiedene Einstellung ist, wie gesagt, wohl nur ein Mißgriff. Somit könnte die Tätigkeit des Berufsamtes leicht durch peinliche Mißlichkeiten gefährdet werden. H. E. K.

Arbeiter-Bildungsschule USPD.

Schul- und Erziehungsfragen sind Fragen von grundlegender Bedeutung. Die bürgerliche Gesellschaft weiß das und handelt danach und hält jede Machtposition mit Zähigkeit fest. Noch heute, drei Jahre nach der Revolution, steht die gesamte Schule im Dienste der bürgerlichen Gesellschaft, jeder Versuch, der neuen sozialistischen Schule den Boden vorzubereiten, wird hartnäckig bekämpft.

Eine schwere Arbeit haben die sozialistischen Elternbeiräte zu leisten. Vor allem müssen sie den neuen Schulgedanken propagieren und zu seiner Verwirklichung die Bahn frei machen. Um das mit Erfolg tun zu können, muß jeder an Schul- und Erziehungsfragen Interessierte und Verpflichtete versuchen, sich selbst ein Bild davon zu machen, wie die neue Schule aussehen soll. Diese Arbeit an sich selbst ist ein nicht zu unterschätzender wichtiger Dienst zum Besten der Schule und des Sozialismus.

Die Arbeiter-Bildungsschule hat für diesen Zweck einen Kursus eingerichtet, den der bekannte Gemeinheitspädagoger Adolf Jensen abhält. Der Kursus findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, statt und beginnt am Montag, den 6. Februar, abends 7 Uhr. Das Honorar beträgt 7,50 M.

Gleichfalls am morgigen Montag beginnt der Kursus „Die Volkswirtschaft Deutschlands vor und nach dem Kriege“. An neun Vortragsabenden werden folgende Themen behandelt: Die Stellung Deutschlands in der Weltwirtschaft; Die Industrie; Die Verkehrsmittel; Der Handel; Die Landwirtschaft; Die Arbeitslöhne; Der Kapitalprofit; Die Banken; Die Geldfragen.

Vortragsleiter: Dr. Dalin. Beginn: 7 Uhr in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Straße 8-9. Auf zur Wahl! Keiner darf fehlen. Verbandsbuch legitimiert.

Trikotagen

Damen-Hemdchen 39⁰⁰
Baumwolle, gestrickt, weiß, 1/2 a. 1/2 Aermel

Damen-Jumpers 290⁰⁰
rotse Wolle, in vielen Farben

Kinder-Jäckchen 5⁵⁰ 6²⁵
Baumwolle, gestrickt, weiß, Gr. 1-4

Leibhöschen 22⁰⁰ 30⁰⁰
für Kinder, Baumwolle, gestr., weiß u. Aerm., Gr. 80-100

Herrn-Hemden und Bekleider, wollgemischt, alle Größen 68⁰⁰

Herrn-Hemden 85⁰⁰
Baumwolle, weiß u. farb., Eins., a. Größen

Blusen

Bluse aus gutem Baumwollstoff, offen und geschlossen zu tragen 59⁵⁰

Bluse baumwoll, Flanel, Hemdform, offen und geschlossen zu tragen, in verschiedenen Streifen 79⁵⁰

Bluse aus gutem schließlichen Stoff in moderner Verarbeitung 125⁰⁰

Bluse reißwollener Stoff, Kimonoform, in vornehmen Farben 150⁰⁰

Herrn-Artikel

Oberhemden farbig, durchgehender Perkal, Klappmanschetten und passender Kragen 145⁰⁰

Oberhemden einfarbig, mod. Farben, mit 2 Kragen 190⁰⁰

Nadhemden 145⁰⁰
gute Qualität, weiche Det. u. Tesche

Schuhwaren

Brokat-Schuhe
für Ball und Gesellschaft, mit und ohne Spange
350⁰⁰

Damen-Pumps
in Braun, schöne, moderne Form
245⁰⁰

Damen-Schnürstiefel

Schnürstiefel R.-Box, gute Qualität, moderne Form 195⁰⁰

Halbschuhe mit Spange, beliebige, moderne Form, gute Qualität 225⁰⁰

Stiefel zum Schnüren und Knöpfen, Lackbesatz u. Wildleder-einsatz in Schwarz u. Braun-Orig.-Goodyear-Welt, in unsort. GröÙen. Nur Leipziger Straße 275⁰⁰

Schnürstiefel wasserd. Clever, zum Schnüren und Knöpfen, elegante Form, Orig.-Goodyear-Welt, alle GröÙen. 350⁰⁰

Herrn-Schnürstiefel

Stiefel R.-Box, breite, bequeme Form, nur gute Qualitäten 195⁰⁰

Schnürstiefel in prima R.-Box, mit Doppelsohle und Lederfutter, hohe Stahlschle, breite, bequeme Form 375⁰⁰

Schnürstiefel braun, elegante moderne Formen, vorzügliche Verarbeitung 390⁰⁰

Schnürstiefel prima Boxkaff, moderne Formen, auch mit Lackkappe, Orig.-Goodyear-Welt 450⁰⁰

Besonders preiswert: Damen-Schuhe u. -Stiefel
z. T. mit kleinen Schönheitsfehlern, unsortierte GröÙen, zum Einheitspreise von **295⁰⁰**

Herrn-Hüte
wollch, Haarfilz, breite, moderne Form, u. Farben, mit klein. Fehlern **65⁰⁰**

Herrn-Hüte
stahl, Haarfilz **235⁰⁰**

Strumpfwaren

Damen-Strümpfe 12⁰⁰ 16⁰⁰
Baumwolle, gewebt, schwarz u. farbig

Damen-Strümpfe 22⁰⁰ 27⁰⁰
Baumwolle, gewebt, feine Qualität, schwarz und farbig

Damen-Strümpfe 38⁰⁰ 42⁰⁰
Mako, gewebt, schwarz und leder, halbtone Qualität

Herrn-Socken 18⁰⁰ 34⁰⁰
Baumwolle, gewebt, farbig

Schweißsocken 13⁰⁰ 19⁰⁰
graumeliert, Fuss ohne Naht

Herrn-Socken 12⁰⁰ 16⁰⁰
gestrickt, Graumeliert, starke Qualität

Unterröcke

Unterrock aus gutem Halbblud mit Fressengarnierung 95⁰⁰

Satin-Unterrock gute Qualität, mit entzückendem Ansatz 120⁰⁰

Unterrock aus Irtwal, mit hohen plüschierten Satinansatz, in verschiedenen Farben 135⁰⁰

Unterrock aus Alpaka prima Qualität, in modernen Farben 165⁰⁰

Kinderkleidung

Lodenpelerinen mit Kapuze, imprägniert, 70-110 cm lang 130⁰⁰
jede weitere Größe 12,00 Mark mehr

Lodenmäntel für Knaben, Qualität, für ca. 9 Jahre jede weitere Größe 20,00 Mark mehr 220⁰⁰

Jungmädchen-Kleider gemalt, Baumwoll-Poué, ca. 95 cm lang jede weitere Größe 15,00 Mark mehr 210⁰⁰

Tietz

Hermann
Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

Gewerkschaftliches

Die Reichs- und Staatsarbeiter zur Lage

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Reichs- und Staatsarbeiter nahmen in einer Versammlung im Großen Saal des Gewerkschaftshauses am Freitag, den 3. Februar 1922, Stellung zu den Verhandlungen der Spitzenorganisationen mit der Reichsregierung...

In der darauf folgenden Diskussion, die zeitweise einen recht heftigen Verlauf nahm, protestierten sämtliche Redner gegen die feinerzeit gemachten Zugeständnisse von 75 Pf. resp. 50 Pf. pro Stunde ab 1. 1. 1922.

Nachdem noch Vassentin von der Reichsabteilung Post und Telegraphie eine mit großem Interesse verfolgte Erklärung über die wahren Ursachen des Streiks der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner abgegeben hatte, wurde eine Entschließung gegen eine kleine Minderheit angenommen...

Delegiertenwahlen im Holzarbeiterverband

Am 6. Februar, in der Zeit von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr, werden in allen Branchen und Bezirken die Delegierten zur Generalversammlung gewählt. Die Wichtigkeit dieser Funktion braucht den Kollegen und Genossen nicht im besonderen vor Augen geführt zu werden...

Als erfreuliches Zeichen müssen wir konstatieren, daß in den größten und ausschlaggebenden Branchen und Bezirken die Kollegen von der U. S. P. D. in genügender Anzahl auf den Kandidatenlisten stehen.

liche Werbeanzeige der S. P. D. arbeitet selbst mit Flugblättern, um für seine Kandidaten ein möglichst günstiges Resultat zu erzielen. In einem „Vorwärts“-Artikel wird auch von einer Nichtwiederwahl der engeren Ortsverwaltung orakelt.

Welche Pflicht erwächst nun unseren Parteigenossen? Ein jeder Kollege, der mit der bisherigen Führung der Berliner Verbandsgehilfe einverstanden ist, muß herangezogen werden...

Kollegen! Wollt ihr, daß die Generalversammlung in diesem Jahre fruchtbringende Arbeit für alle Berliner Mitglieder leisten soll, wollt ihr, daß die Holzarbeiterbewegung in Berlin im Sinne schärfsten Klassenkampfes geführt werden soll...

Die Wahllokale der einzelnen Branchen und Bezirke sind im Mitteilungsblatt Nr. 5 bekanntgegeben.

Neue Löhne im Berliner Papier- und Pappengroßhandel

Nach fast monatlicher Parteizeit haben sich die Arbeitgeber dieser Gruppe bereit erklärt, über die neuen Lohnzulagen der Transportarbeiter zu verhandeln. In einer Versammlung wurde über die Verhandlung, welche am 30. Januar stattfand, Bericht erstattet.

Nach längerer Diskussion wurde das Angebot gegen eine starke Minorität angenommen. In der darauf folgenden Neuwahl der Gruppenleitung wurden die bisherigen Kollegen einstimmig wiedergewählt.

Betriebsräte! Betriebsobleute!

Nur noch eine Woche trennt uns von dem neuen Unterrichtsabschnitt der Betriebsräte- und Betriebsobleute, der am 13. Februar 1922 beginnt. Die Betriebsräte und Betriebsobleute fordern wir daher auf, die Kollegenschaft in den Betrieben darauf hinzuweisen...

In Fragen der Kursauswahl wird Auskunft erteilt in den Lehrberatungsprechstunden, die, außer während der Bureaufunden, Montags und Freitags von 4 bis 7 Uhr stattfinden.

Betriebsräte! Betriebsobleute! Der Größe ihrer historischen Aufgabe wird die Arbeitnehmerschaft nur durch ernste Bildungsarbeit gerecht werden können. Allen Arbeitern und Angestellten rufen wir daher zu: Besucht die Betriebsräte- und Betriebsobleute!

Trochender Streik der Handloswerker in der Buchbranche. Der Transportarbeiter-Verband teilt mit, daß die obigen Berufsangehörigen den Unternehmern Forderungen stellten, die abgelehnt wurden.

Lokomotivfabrik Hennigsdorf! Alle Kollegen, welche am Donnerstag, den 2. Februar, infolge des Eisenbahnstreiks nicht nach Hennigsdorf kommen konnten, erhalten wenn am Montag noch keine Berkehrsmöglichkeit besteht, ihre Abreise am Montag...

Dinos-Werke. Zum Streikposten stehen folgende Abteilungen an der Reihe: Montag: Reinigern und Schneide; Dienstag: Motorenbau-Abteilungsmeister; Mittwoch: Abteilungsleiter; Donnerstag: Rahmenbau- und Einfahrabteilung.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarierjugend

Zentrale. Donnerstag rechnen die Gruppen ab und nehmen Material entgegen. Agitationsbesuche. Nordhafen. Dienstag, 7. Februar, Sitzung in der Christburger Str. 14 (Schule).

Agitationsbesuche. Nordhafen. Schule Christburger Str. 14, Mittwoch, Besuchen (Wilmh. Teil). Freitag, Besuchen der Buchdruckerei. - Besuchen. Sonntag, Treffpunkt 4 1/2 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen, Raum 5.

Agitationsbesuche. Nordhafen. Schule Christburger Str. 14, Donnerstag, Besuchen der Buchdruckerei. - Besuchen. Sonntag, Treffpunkt 4 1/2 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen, Raum 5.

Verantwortlich für Text und Redaktion: Leo Labadie, Berlin-Friedrichshagen; für Korrespondenz, Adressen und Gewerkschaftliches: R. Heintz, Berlin; für den Anzeigenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kommer, Berlin.

Advertisement for Persil washing powder. Text: sporen Sie durch Gebrauch des selbsttätigen Waschmittels „Persil“. Ohne Chlor oder schädliche Bestandteile! Wäscht und bleicht gleichzeitig bei nur einmaligem 1/4-stündigem Kochen.

Advertisement for Möbel-Fabrik Rob. Seelisch. Text: Komplette Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen. Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. E.M. Frankfurter Allee.

Advertisement for Kleine Anzeigen. Text: Verkauft, Kleinanzeigen, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Möbel. Text: Möbel, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Rechtsanwalte. Text: Rechtsanwalte, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Arbeitsmarkt. Text: Arbeitsmarkt, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Karl Kautsky Irland. Text: Karl Kautsky, Irland, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Gänsefedern. Text: Gänsefedern, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Kaufgefuche. Text: Kaufgefuche, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Werkzeuge u. Maschinen. Text: Werkzeuge u. Maschinen, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

Advertisement for Bekleidendes. Text: Bekleidendes, Kleingewerbe, Kleingewerbe, Kleingewerbe.

In der Morgenstunde

Sweater	grobes, festes Gewebe, Größe 50 M.	6 ⁰⁰	Barchent-Decken	als Schlafdecken und Laken verwendbar. 140 - 190 cm breit 102-104 g schwer M. 42 00	36 ⁰⁰
Ueberziehjacken	für Damen, reine Wolle	89 ⁰⁰	Damen-Schlupfhöschen	in moderner Farben	45 ⁰⁰
Damen-Hemden	mittellange Ärmeln, feines Gewebe	20 ⁰⁰	Mädchen-Turnhosen	dunkelblau Gr. 40 M.	25 ⁰⁰
Herrenhemden	festes Gewebe, angeraut	39 ⁰⁰	Sweater	Wolle	27 ⁰⁰
Herrenhemden	Vigozes in allen Größen	40 ⁰⁰	Unterwesten	mit Kappo wattiert mit und ohne Aermel M. 10,00, 45,00	35 ⁰⁰
Herren-Unterhosen	festes Trikotgewebe	12 ⁰⁰	Herren-Hosen	in guter Qualität von M.	70 ⁰⁰
Herren-Unterhosen	Vigozes in allen Größen	30 ⁰⁰	Feldgraue Militärhosen	von M.	148 ⁰⁰
Serviteurs	weiß	8 ⁵⁰	Militär-Drellhosen	einmalen, in ganz vorzüglicher Qualität M. 75,00	68 ⁰⁰
Schleifen	schöne Muster	1 ⁰⁰	Herren-Unter	sehr gute Qualität von M.	175 ⁰⁰
Schals	für Herren und Damen, reine Wolle, K-Seide	42 ⁰⁰	Winter-Anzüge	aus Manchester und engl. Leder, mit schwerer Füllung Schutz gegen streng Frost	390 ⁰⁰
Herren-Handschuhe	Wolle gestrickt	8 ⁷⁵	Winter-Anzüge	modern verarbeitet haltbare Qualität	450 ⁰⁰
Damen-Handschuhe	Tricot, schwere Qualität	17 ⁵⁰	Herren-Litewken	aus Hochsain von M.	110 ⁰⁰
Herren-Stepp- u. Filzhüte	in modernen Farben und Formen	15 ⁰⁰	Drellanzüge	schwere Ware, gut verarbeitet M. 100,00, 140,00	110 ⁰⁰
Stutzen	Wolle	17 ⁰⁰	Feldgraue Röcke	loch- und rüfren	39 ⁰⁰
Herren-Socken	rote Qualität M. 10,00, 1,50, 6,50	4 ⁰⁰	Feldgraue Litewken	loch- u. rüfren mit kleiner Größen M.	45 ⁰⁰
Strümpfe	für Damen und Kinder	5 ⁷⁵	Blaue Arbeiter-Anzüge	aus Faservstoffen	15 ⁰⁰
Damen-Strümpfe	schwarz u. farbige, vorzügliche Qual. L. M. 27,00	24 ⁰⁰			

Pelzjoppen und Fahrpelze von M. **300⁰⁰**
Engl. Offiziersmäntel in braunellierter Farbe, aus dicken, wetterfestem und wasserdichtem Wolstoff, mit wolleinen Leibfutter **575⁰⁰**
Amerikan. Mäntel in brauner Farbe, erstklassig, Fabrikat, loch- und rüfren M. **250⁰⁰**

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend
 Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt

Hermann Engel

Landsberger Str. 85, 86, 87

Korzwaren

Gruch 10 St. garant. reiner Dutz. 65 Pf
 100 St. garant. reiner Dutz. 17 Pf
 100 St. garant. reiner Dutz. 17 Pf
 100 St. garant. reiner Dutz. 17 Pf
 100 St. garant. reiner Dutz. 17 Pf

Weisse Woche

Brautpaare, junge Ehepaare, sparsame Hausfrauen!

Lassen Sie die Gelegenheit zum Einkauf von ganzen Wäsche- und Tischzeug-Ausstattungen, Gardinen und unseren anderen vorteilhaften Angeboten nicht vorübergehen es ist nicht vor auszusehen, welche Steigerungen die Preise noch erfahren können.

Kaufen Sie jetzt!

Prima Reform-Damenskleider, neuemustert, **33,50 M.** × Prima Flanel-Kleidermischer mit Lanette **24,50 M.** × Unterlatte mit Stickerei **35,50 M.** × Damen Rockbeinkleider mit Köpfe einat. u. -ansatz **29,50 M.** × Elegante Prinzess-Unterkleider mit reicher Stickerei-Garnierung **158,50 M.** Damen Nachthemd mit Hohlbaum u. Lanette **98,50 M.** × Prima Herren Taghemd **93,50 M.** × Elegante Herren-Nachthemden mit buntem Besatz **113,50 M.** × Prima Hemdentuch-Bekleid. r mit echtem Klöppelmotiv **168,50 M.** × Prima Hemdentuch-Damenhemden mit echtem Klöppelmotiv **150,00 M.** × Batist-Taschentücher mit Hohlbaum **3,90 M.** × Batist-Taschentücher mit blaugestreiftem Rand **5,50 M.** × Herren-Taschentücher, weiß u. farbige **8,50, 7,75, 6,50 M.** × Prima Bettarmaturen, Oberbett u. 2 Kissen **57,50 M.** × Prima Hemdentuch-Laken **12,50 M.** × Wischtücher, kariert gekäumt u. gezeichnet **6,90 M.** × Weiße Protierlaken **130×160 cm 130 M.** Prima Nessel-Laken **99,50 M.** × Jacquard-Drell- und Damast-Tischtücher und Servietten w. Tischgedecke für 6-24 Personen in riesiger Auswahl. × Wollgestrickte Ueberblusen Stück **97,50 M.**

Handtücher, Rolltücher, Taschentücher, Wischtücher, Scheuertücher.

110 cm breite marineblau gestreifte Kleiderstoffe	Meter	78 ⁰⁰	Stoffe für Herren-Anzüge, Paletots und Kleiderstoffe, 140 cm breit	85 ⁰⁰ , 98 ⁰⁰ , 110 ⁰⁰
130 cm breite wolllene Rockstoffe	Meter	125 ⁰⁰	Frühjahrsstoffe für Damen-Kostüme, Unter- u. Mäntel	165 ⁰⁰ , 135 ⁰⁰ , 125 ⁰⁰
140 cm breite reinwollene Herrenstoffe, marineblau, auch L. Damenstoffe, Meter		165 ⁰⁰ , 145 ⁰⁰	Wollene Jumper, verschiedene Farbenwahl	225 ⁰⁰

Künstlergarnituren, engl. Tüll, 1 Querschnitt	248 M.	190 M.	120 M.	95 M.
Künstlergarnituren Madras, in schönen modernen Farben	275 M.	258 M.	210 M.	185 M.
Bettdecken, ein- und zweibettig, engl. Tüll	248 M.	185 M.	110 M.	72 M.
Bettdecken, zweibettig, Erbstüll u. Etamin mit Klöppel, Filz-Gipure- und Filz-Antique-Sätkten	750 M.	520 M.	390 M.	225 M.
Halbstores, engl. Tüll, Erbstüll und Etamin	240 M.	165 M.	128 M.	110 M.
Halbstores auf Etamin, volle u. Erbstüll in sehr eleganten Ausführungen	750 M.	650 M.	390 M.	325 M.

Außerordentlich billiger Teppich-Verkauf.

WEIßE WOCHE



Wäsche-Stickerei	Wäsche-Stoffe	Glaswaren
Wäsche-Stickereien schmal Mtr. 1 ⁹⁵	Vorhangnessel ungeblickt Mtr. 9 ⁵⁰	Compotteller ebene Profanmesser 1 ⁰⁰
Wäsche-Stickereien mittelbreit 4 ⁵⁰	Hemdennessel stark fädig, in haltbarer Qualität Mtr. 16 ⁵⁰	Compottschüssel 9 ⁵⁰
Wäsche-Stickerei ca. 8 cm br. Mtr. 6 ⁷⁵	Hemdentuch stark fädig, in guter Qualität Mtr. 19 ⁵⁰	Kuchenteller 14 ⁵⁰
Rock-Stickerei ca. 22 cm breit Mtr. 15 ⁵⁰	Hemdenbarchent gebli. exprobia Ware Mtr. 19 ⁵⁰	Käseglocke 14 ⁵⁰
Hemdenpassen in gut. Qual. Stück 8 ⁵⁰	Bettuchnessel in groß. Breite Mtr. 29 ⁷⁵	Butterglocke 9 ⁵⁰
Tüll-Jabots reich garniert Stück 9 ⁷⁵	Bettuch-Haustuche 150cm breit, vollgebli. 39 ⁵⁰	Blumenvasen 9 ⁵⁰
Damen-Kragen mit Rüschen St. 11 ⁵⁰	Gerstenkorn-Handtuch Mtr. 12 ⁵⁰	Likörgläser 1 ⁹⁵
Damen-Kragen Matrosen-Form bestickt Stück 16 ⁵⁰	Drell-Handtuch geblickt Mtr. 17 ⁵⁰	
Zwirn-Spitze in verschiedenen Ausführungen Mtr. 9 ⁵⁰	Servietten weiß Damast Stück 19 ⁵⁰	Porzellan u. Steingut
Masch.-Klöppel Einheits u. Spitze passend Mtr. 3 ⁵⁰	Wischtücher kariert Stück 9 ⁵⁰	Speiseteller weiß, tief und flach Stück 1 ⁶⁵
Handarbeiten	Damen-Wäsche	Schüsseln rund, weiß und bent Stück 6 ⁰⁵
Decken Leinen, 6/16, mit Hohlbaum, Kreuz und Stilleh. Stück 9 ⁵⁰	Untertaille mit reicher Stickerei 14 ⁵⁰	Nachtgeschirre Stück 6 ⁹⁵
Kaffeewärmer dreifällig, vorgeseichnet Stück 9 ⁵⁰	Damen-Hemden Renfoies mit Lanette 29 ⁵⁰	Wasserkannen Stück 9 ⁵⁰
Rückenkissen grau, Kreuzstich und Stilleh. Stück 5 ⁹⁵	Turner-Hemden weiß 26 ⁵⁰	Waschbretter mit starker Zink-einlage Stück 16 ⁹⁵
Blusen vorgeseichnet, für moderne Barchentstickerei 29 ⁵⁰	Damen-Nachthemden 85 ⁰⁰	Fensterleder Stück 6 ⁵⁰
Blusen aus Crepestoff, vorgeseichnet für Bulgareostickerei 49 ⁵⁰	Erstlings-Jäckchen Stück 1 ⁷⁵	Emaile-Eimer weiß, 20 cm, Stück 29 ⁷⁵
Weißes Kissen vorgeseichnet, Madeira und Rüschen 14 ⁵⁰	Erstlings-Hemdchen Stück 1 ⁷⁵	Handschuhe und Strümpfe
Waschtischgarnit. auf Prima Croisè flott 19 ⁵⁰	Herren-Wäsche	Weißes Sommer-Handschuhe kurz und lang Paar 9 ⁵⁰
Läufer weiß, vorgeseichnet, in vielerlei Ausführungen 14 ⁵⁰	Panama-Sportkrag mit Verhinderer St. 6 ⁹⁵	Weißes Damen-Handschuhe lang Paar 16 ⁷⁵
Taschentücher vorgeseichnet, Rüschen und Madeira 3 ⁹⁵	Ripskragen weiß 4 ⁹⁵	Weißes Damen-Glacé-Handschuhe 39 ⁵⁰
Topflappen vorgeseichnet, in vielen Zeichnungen 9 ⁵⁰	Faltenoberhemd, weiß, mit Knappsch. 12 ^{4⁵⁰}	Weißes Damen-Strümpfe englisch tang. Paar 9 ⁷⁵
	Oberhemden weiß, mit Pique-Einsatz 14 ⁵⁰	
	Weißes Batisttuch mit Hohlbaum 4 ⁵⁰	
	Dam.-Taschentuch, mit lang. u. gest. Ecke u. bunter Nante 4 ⁵⁰	
	Herr.-Taschentuch 6 ⁵⁰	

oewenbergs & Co

SWINEMÜNDER-STRASSE 86 & ECKE LORTZING-STRASSE
 Strassenbahnverbindungen, Haltestelle Demminerstr. 27 40-11 0 5-8 35 36 37-41-42-99-913 und Ringbahnhal Gesundbrunnen